

Kommentar zu Gefahr einer Liberalisierung des Wassersektors

Im Ausschuss wurde nochmals die große Bedeutung hervorgehoben, welche dem Zugang zu Wasser für alle Menschen zukommt. Zugang zu Wasser in ausreichender Menge und Qualität wird im Resolutionsvorschlag als ein Grundrecht der Menschen bezeichnet. Die VIVANT- Fraktion unterstützt uneingeschränkt diese Aussage.

Der Ausschuss hat dann beschlossen, die Forderung nicht auch auf die anderen wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen in Belgien auszudehnen, damit auch diese Dienstleistungen aus den Verhandlungen mit der WHO, im Rahmen der so genannten GATS-Verhandlungen, für Belgien, heraus gehalten werden.

Die VIVANT- Fraktion bedauert diese Entscheidung, nicht zuletzt auch deshalb, weil es sich ja auch um Bereiche handelt, für welche die DG eine Zuständigkeitskompetenz besitzt, d.h. die Bereiche Gesundheit, Soziales ganz allgemein, Unterricht, Ausbildung, Medien und Kultur. Niemand kann ernsthaft wollen, dass in Zukunft die WHO den Gemeinden und der Gemeinschaft auferlegt, was sie, im öffentlichen Interesse, und wie, tun darf und was und wie nicht.

Der freien Wirtschaft ist verständlicherweise daran gelegen, so viel wie möglich an diesem Billionen schweren "Markt" bzw. "Geschäft" der öffentlichen Dienstleistungen beteiligt zu sein. Als Hauptargument für eine private Beteiligung wird die höhere Effizienz des privaten Managements und des privaten know-how angeführt, wodurch dann die öffentliche Hand und die Bevölkerung Geld sparen könne. Unterschwellig wird dann auch das angebliche Unvermögen, ja sogar der Schlendrian der öffentlichen Hand angeführt.

Es ist vollkommen klar, dass ein privates Unternehmen ausschließlich nach dem Prinzip von Gewinn und Profit handeln muss, wenn dieses Unternehmen im internationalen Konkurrenzkampf Bestand haben will. Jeder versteht, dass ein privates Unternehmen kein Wohltätigkeitsverein ist.

Genau das muss aber, im gewissen Sinn, eine öffentliche Dienstleistung sein, wenn sie ihrem Auftrag gerecht werden will! Sie muss die Dienstleistung für alle Mitbürger, auch für die Minderbemittelten, vorhalten, gemäß dem Prinzip der Solidarität.

Die Lösung dieses Dilemmas liegt nicht in den "Partenariat Public Privé", wie sie jetzt von der Wirtschaft propagiert und der öffentlichen Hand schmackhaft gemacht werden! Denn auch hierbei würde die Partnerschaft mit dem Privatsektor bewirken, dass der öffentlichen Hand zuviel an Mehrwert entzogen wird.

Die Lösung lässt sich für die VIVANT- Fraktion in zwei Sätzen zusammenfassen:

1. Modernes Management auch für die öffentlichen Dienstleistungen über eine fortwährende Qualifizierung seiner Beschäftigten und, so wie bisher,
2. Kontrollierter und zeitlich begrenzter Einsatz privater Dienstleistungserbringer für bestimmte Bereiche einer öffentlichen Dienstleistung, wobei die Vergabe und die Rücknahme jederzeit von der öffentlichen Hand festgelegt werden.

Was ergibt sich aus all dem für das Parlament der DG und für die vorliegende Resolution?

1. Der vorliegende Text zur Resolution gegen eine Liberalisierung des Wassersektors ist berechtigt und wird von uns uneingeschränkt unterstützt.

2. Der gleiche Text trifft genauso auch für die ebenso wichtigen Bereiche Gesundheit, Unterricht, Soziales, Medien und Kultur zu. Genauso wie das Parlament im Bereich des Wassersektors NICHT auf die Beschlüsse des belgischen Staates bzw. der EU-Kommission und des Ministerrates wartet, genauso sollte dieses Parlament auch nicht in Bezug auf die anderen Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen warten und es sollte JETZT die notwendigen Forderungen an die Minister der DG, der WR, der Föderalregierung und der EU stellen.

3. Unser Europaabgeordneter, Mathieu Grosch, hat im Ausschuss bestätigt, dass dieses Parlament über die entsprechende Aktivierung und Aktivität der Regierung die Möglichkeit hat, die belgische Stellungnahme zu den vorbereitenden Texten der EU zu beeinflussen. Er sagte auch, dass eine entsprechende Stellungnahme des Parlamentes der DG bezüglich des Wassersektors UND der anderen Dienstleistungen im Binnenmarkt für die Diskussionen auf europäischer und internationaler Ebene von Bedeutung sein könne.

4. Herr Ministerpräsident, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme im Ausschuss, in Bezug auf die GATS- Verhandlungen, vor "Schwarz-Weiß-Malerei" gewarnt und festgestellt, dass für Sie die wesentliche Frage sei, welche Dienstleistungen für den freien Markt geöffnet werden könnten, und bei welchen Dienstleistungen die einzelnen Staaten, oder zumindest Europa, Einflussmöglichkeiten behalten sollten, um die allgemeinen Interessen der Staaten zu gewährleisten. Ich möchte Sie bitten, in Ihrer Replik diese Aussage zu erläutern. Es kann doch nicht sein, dass die öffentliche Hand, dass die Mitgliedstaaten in IRGEND einem Bereich keine Einflussmöglichkeiten mehr haben sollten, dass also in bestimmten Bereichen, bei bestimmten Dienstleistungen die private Wirtschaft, die Multinationalen Konzerne, die WHO das komplette Sagen erhalten, ohne jede Einflussmöglichkeit durch die demokratisch gewählten Instanzen. Genau das würde nämlich passieren, wenn die GATS Vereinbarungen so wie die WHO das anstrebt, angenommen werden.

Die Multinationalen Konzerne beherrschen schon die Länder des Nordens. Zu ihrer, nennen wir es ruhig beim Namen, Weltherrschaft müssen sie nur noch das letzte Hindernis überwinden, nämlich die Souveränität der Völker aus den ehemaligen Kolonialstaaten.

Bisher haben die Länder des Südens Widerstand geleistet. Aber der Druck von Seiten vor allem der EU, leider mit dauernder, voller Unterstützung der 25 Regierungen, auf diese Länder ist enorm und es könnte sein, dass die Länder des Südens nicht standhalten werden.

Deshalb muss jede Bürgerin und jeder Bürger sich dieser Fragen und dieser Gefahren annehmen. Es geht dabei ganz einfach um unsere Zukunft.

Dr.J.Meyer
Fraktionsvorsitzender